

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Dezember 2024

1. Regional
2. Honduras
3. Nicaragua
4. Guatemala
5. El Salvador

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Trump und Zentralamerika: Der künftige US-Präsident Donald Trump drohte auf Social Media sowie in öffentlichen Reden, die Kontrolle über den Panama-Kanal übernehmen zu wollen. Die USA hatten den Kanal 1914 gebaut und bis 1977 verwaltet, bis US-Präsident Jimmy Carter ein Abkommen für eine schrittweise Übergabe an Panama unterzeichnete. Seit 25 Jahren liegt die Wasserstraße exklusiv unter Kontrolle des Panamaischen Staates. Trump kritisiert die Gebühren für die Nutzung des Kanals und argumentiert, dass US-amerikanische Schiffe "unfair" behandelt werden, was dem Sinn des Abkommens widerspricht. Auf seiner eigenen Social-Media-Plattform Truth Social behauptete er, dass Teile des Kanals von chinesischen Soldaten bewacht werden. Beweise dafür legte er nicht vor.

Der Präsident von Panama, José Raúl Mulino, veröffentlichte ein Video, in dem er die Drohungen von Trump zurückweist und versichert, dass China keinen Einfluss auf die Verwaltung des Kanals ausübt. In einem Statement in sozialen Medien erklärte er: „Jeder Quadratmeter des Panamakanals und des umliegenden Gebiets gehört zu Panama und wird es auch weiterhin gehören“.

Migration: Zentralamerika bereitet sich auf die restriktive Migrationspolitik von Trump vor. Die gewählte Regierung hat die Absicht bereits angekündigt, den TPS (Temporary Protected Status) für Salvadorianer*innen, Honduraner*innen und Nicaraguaner*innen, sowie das DACA-Programm (Deferred Action for Childhood Arrivals Program) zu beenden. Als Folge dieser Entscheidung könnten hunderttausende Migrant*innen abgeschoben werden. Darüber hinaus warnen Expert*innen und aktuelle Kabinettsmitglieder, dass Trump voraussichtlich vorrangig besonders gefährdete Migranten ohne Vorstrafen abschieben wird, um die Zahl der Abschiebungen schnell zu erhöhen. Angesichts der Schwierigkeiten der USA, Menschen aus Venezuela oder Nicaragua abzuschieben, würde diese Strategie vor allem Guatemala, El Salvador und Honduras betreffen, warnen sie.

gesetzt, um die Möglichkeit der Aufnahme von abgeschobenen Migrant*innen aus Drittländern zu prüfen. Ein Mitglied der Regierung von Präsident Bernardo Arévalo sagte anonym aus, dass [Guatemala für eine Zusammenarbeit im Rahmen einer regionalen Allianz zur Wiedereingliederung abgeschobener Migrant*innen offen sei](#).

Leseempfehlung: Ein regionales Team von Journalist*innen aus der Weiterbildungsinitiative Ciclos CAP hat eine Reihe an Reportagen über Demokratie und Autoritarismus in Zentralamerika veröffentlicht. Die Recherchen aus dem nördlichen Dreieck Zentralamerikas decken [Menschenrechtsverbrechen im Rahmen des honduranischen Ausnahmezustands, Korruption zwischen dem guatemalteckischen Staat und Unternehmen sowie die interne Repression in den Institutionen der salvadorianischen Bukele-Regierung](#) auf. Die Reportagen (auf Spanisch) sind hier zu finden.

2. Honduras

Sicherheit und Repression: Die honduranische Regierung [setzt den Ausnahmezustand fort](#), der seit zwei Jahren in 226 der 298 Gemeinden von Honduras herrscht. Seit der Einführung des Ausnahmezustands im November 2022 ist die Mordrate mit 26,5 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner in den ersten sieben Monaten des Jahres weiterhin hoch. Es gibt [keine klaren Beweise für den Erfolg der Strategie](#). Stattdessen wurde in den vergangenen Jahren [über eine Zunahme polizeilicher Übergriffe](#) berichtet. [Eine Untersuchung von Menschenrechtsorganisationen im Norden von Honduras](#) hat ergeben, dass Frauen in ländlichen Gebieten in diesem Kontext besonders gefährdet sind.

Greenwashing: [Eine journalistische Recherche von Contracorriente](#) zeigt, dass die Institutionen wie die Zentralamerikanische Integrationsbank (BCIE) sowie verschiedene deutsche Unternehmen durch das Guacamaya Small Scale Hydropower Programme Kohlenstoffgutschriften gekauft haben, um die eigenen Treibhaus-Emissionen auszugleichen. Dieses Programm betreibt Wasserkraftwerke in Nicaragua, Costa Rica und Honduras und ist mit dem Wasserkraftprojekt Puringla-Sazagua verbunden. In der Gemeinde Sazagua, La Paz, [wurden die Verteidiger des Territoriums kriminalisiert](#), die gegen dieses Projekt sind. Sie haben außerdem keine Entschädigung für die Gutschriften erhalten. Die Bank wies die Kenntnis der in der Reportage aufgedeckten Unregelmäßigkeiten zurück und bestritt auch, die Gutschriften gekauft zu haben. Die Journalist*innen haben [die Belege in einem weiteren Artikel allerdings veröffentlicht](#).

Sanktionen: Die USA haben drei weitere honduranische Staatsbürger*innen [auf die Engel-Liste](#) gesetzt. Unter den Sanktionierten befinden sich zwei der Präsidentin Xiomara Castro nahestehende Personen. Sonia Marlina Dubón, der vorgeworfen wird, ihre Autorität zur Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit missbraucht zu haben, ist derzeit Richterin am Verfassungsgericht und Ehefrau eines Beraters von Xiomara Castro. Die ebenfalls sanktionierte Anwältin Pamela Blanco [ist eng mit Castro befreundet](#), mit der sie häufig bei öffentlichen Auftritten zu sehen ist. Blanco ist die Ehefrau des Innen- und Justizministers Tomás Vaquero. Die honduranische Regierung wies die Liste zurück und bezeichnete sie als ["einseitige Maßnahme" mit "politischen Elementen"](#).

Justiz: Mindestens 160 Kinder wurden von der ultraorthodoxen jüdischen Lev-Tahor-Sekte durch die guatemaltekischen Polizei gerettet und in Obhut gebracht. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft den Mitgliedern der Sekte Kindesmisshandlung, Vergewaltigung und Zwangsehen vor. Die Gruppe lebte seit 2016 im ländlichen Ort Oratorio, im Südwesten der Hauptstadt Guatemala-Stadt. Seit drei Jahrzehnten halten sie sich in verschiedenen Ländern des amerikanischen Kontinents auf, um der Festnahme zu entgehen. Einige Mitglieder wurden in Mexiko und den USA bereits verurteilt.

Sanktionen: Die USA haben zwei guatemaltekische Staatsangehörige auf die Engel-Liste gesetzt. Einer der Sanktionierten ist Jorge Adolfo Mondal Chew, ehemaliger Präsident des Verwaltungsrats der Banco de los Trabajadores (Bantrab). Die Vereinigten Staaten werfen ihm erhebliche Korruption vor, da er Richter*innen des Verfassungsgerichts mutmaßlich bestochen hat, um seinen Posten zu behalten. Präsident Bernardo Arevalo hatte seine Entlassung angeordnet. Die Verfassungsrichterin Claudia Paniagua gehört ebenfalls zu denjenigen, die wegen angeblicher Annahme von Bestechungsgeldern im Austausch für günstige Urteile in die Liste aufgenommen wurde.

Im Dezember gab die Europäische Union außerdem ihre Entscheidung bekannt, die Sanktionen gegen die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, den Generalsekretär der Generalstaatsanwaltschaft, Ángel Pineda, den Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Strafflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, die Staatsanwältin Leonor Morales und den Richter Fredy Orellana bis Januar 2026 zu verlängern. Die Sanktionen des Rates hindern sie an der Durchreise durch die 27 EU-Mitgliedstaaten und verbieten EU-Bürgern und Unternehmen, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen.

Podcast-Empfehlung: In der neuen Folge von Ohren Auf Lateinamerika geht es um die Palmölindustrie in Guatemala und über die vermeintliche Nachhaltigkeit der Palmölplantagen vor Ort. In der 28-minütigen Folge werden Lourdes Gomez, Aktivistin des Volkes Maya Kekchí aus Guatemala und Dominik Groß, Referent bei der Mitgliedsorganisation des RT-ZA Romero Initiative interviewt. Ohren Auf Lateinamerika ist ein Podcast des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, ebenfalls RT-ZA-Mitglied. Hier zum Podcast ["Widerstand unter den Palmen: Guatemalas Palmölindustrie unter der Lupe"](#).

4. El Salvador

Extraktivismus: Am 23. Dezember verabschiedete der salvadorianische Kongress das Allgemeine Bergbaugesetz, welches das seit 2017 geltende Verbot aufhebt. Das Gesetz besagt, dass der Staat allein dazu berechtigt ist, alle Bergbauaktivitäten durchzuführen. Der von Bukeles Partei Nuevas Ideas kontrollierte Kongress diskutierte den Vorschlag weniger als eine Stunde lang; die einzigen Gegenstimmen kamen von den Oppositionsparteien ARENA und VAMOS. Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie die katholische Kirche sprachen sich öffentlich gegen die Wiedereinführung des Metallbergbaus im Land aus.

orientlicher Studien abbauen zu lassen, erst 26 Tage vor der Abstimmung im Kongress angekündigt. 2017 erreichte El Salvador nach 12-jährigem Kampf von Aktivist*innen einen seltenen Konsens zum Verbot des Metallbergbaus. Die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, die katholische Kirche und alle politischen Parteien unterstützten damals das Verbot, weil die Zulassung des Bergbaus verheerende Auswirkungen auf den Zugang zu Wasser in dem kleinen, dicht besiedelten Land haben wird.

Wirtschaft: Die Regierung von Nayib Bukele einigte sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf einen Kredit in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar. Die Verhandlungen zwischen dem verfassungswidrig wiedergewählten Präsidenten und dem IWF dauerten drei Jahre und seine Regierung musste bei einem der Hauptstreitpunkte nachgeben: Bitcoin. Sie wird offiziell die Verpflichtung für Unternehmen aufheben, die Kryptowährung zu akzeptieren und die staatliche Crypto-Geldbörse ChivoWallet deaktivieren.

Darüber hinaus muss El Salvador über einen Zeitraum von drei Jahren eine Steueranpassung in Höhe von 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vornehmen. Die Maßnahmen sind bereits im Haushaltsplan für das nächste Jahr vorgesehen, mit erheblichen Gehaltskürzungen für öffentliche Institutionen. Das IWF-Programm ermöglicht El Salvador auch den Zugang zu einem Finanzierungspaket der Weltbank (WB), der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) und der Entwicklungsbank für Lateinamerika und die Karibik (CAF) in Höhe von mehr als 3,5 Mrd. USD.

Sanktionen: Zwei weitere Salvadorianer*innen wurden in die Engel-Liste der US-Regierung im Dezember 2024 aufgenommen. Es handelt sich um den Drogenboss Bruno Ventura, dem vorgeworfen wird, über Jahrzehnte Mitglieder der Polizei bestochen zu haben, um sein Drogenhandelsnetz zu unterstützen und eine der größten Gefängnisbanden in El Salvador zu fördern. Auch die ehemalige Nuevas-Ideas-Bürgermeisterin von Soyapango, Nercy Montano, wurde in die Liste wegen Korruption aufgenommen. Beide Sanktionierten sitzen seit 2023 und 2022 bereits in Haft. Es wurden keine aktuellen Regierungsmitglieder in die Liste aufgenommen.

5. Nicaragua

Sanktionen: Die US-Regierung hat 20 neue Mitglieder der Regierung von Rosario Murillo und Daniel Ortega in die Engel-Liste aufgenommen. Diese neue Runde von Sanktionen konzentriert sich auf Akteure, die mit den Angriffen auf die Hochschulautonomie und insbesondere mit der Beschlagnahmung der Zentralamerikanischen Universität (UCA) in Verbindung stehen. Dazu gehören Mitglieder des Nationalen Universitätsrates (CNU), des Nationalen Rates für Evaluierung und Akkreditierung (CNEA) und die Verantwortlichen der neuen öffentlichen Universitäten, die auf den von den Privatuniversitäten beschlagnahmten Geländen eingerichtet wurden.

USA-Beziehungen: Das Büro des Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten (USTR) kündigte eine Untersuchung der Politik und des Handels der nicaraguanischen Regierung in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an. In einem

eigenen Arbeitnehmern und der Bevölkerung Nicaraguas schaden. Der Umfang der Untersuchung ist noch nicht bekannt, aber Experten gehen davon aus, dass sie das Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (CAFTA-DR) betreffen könnte.

Migration: Im Jahr 2024 sind ca. 95.000 Nicaraguaner*innen ausgewandert. Die überwiegende Mehrheit, fast 60.000, wanderte im Rahmen der sogenannten humanitären Parole, in die USA ein. Im Oktober 2024 erklärte die Biden-Regierung, dass keine Verlängerung der zweijährigen Aufenthaltsgenehmigung für Personen vorgesehen ist, die sich im Rahmen dieses Programms in den USA aufhalten. Darüber hinaus hat der künftige US-Präsident Donald Trump versprochen, das Programm vollständig abzuschaffen. Nach Angaben der Organisation Inter-American Dialogue haben seit 2018 mehr als 1,5 Millionen Nicaraguaner das Land verlassen, von denen sich 839.620 in den USA aufhalten.
